



November 1997

Organisationsstrukturelle Rahmenbedingungen für Jugendämter

- Anforderungen -

Organisationsstrukturelle Rahmenbedingungen für Jugendämter - Anforderungen -

In zahlreichen Städten und Kreisen werden derzeit Verwaltungsreformen durchgeführt. Sie sollen eine größere Bürgernähe herstellen und die Wirksamkeit sowie die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns verbessern.

Solche Neuorganisationsprozesse bieten der Jugendhilfe die Möglichkeit, zu überprüfen, ob ihre Organisationsstrukturen den aktuellen jugendhilfefachlichen Erfordernissen sowie den Kriterien der Effizienz und Effektivität entsprechen. Sie beinhalten die Chance, die Organisationsstrukturen des Jugendamtes entsprechend weiterzuentwickeln. Jugendämter haben deshalb ein genuines Interesse, sich an der Debatte um die Neuorganisation der Verwaltung zu beteiligen und sich ihr zu öffnen.

Um ihren Auftrag erfüllen zu können, braucht die Verwaltung des Jugendamtes Strukturen,

- die der präventiven Zielorientierung der Jugendhilfe entsprechen,
- die es erlauben, die Interessen von jungen Menschen und ihren Familien wirksam wahrzunehmen,
- die eine zielgerichtete und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich einige grundlegende organisatorische Anforderungen an das Jugendamt, die unter den folgenden Ziffern 1-7 aufgeführt sind.

Sie tragen dazu bei, die Fachlichkeit der Aufgabenwahrnehmung in der Jugendhilfe sicherzustellen. Zum größeren Teil sind sie durch das SGB VIII explizit vorgegeben, zum Teil gehen sie mittelbar aus dem Gesetz hervor.

Alle Überlegungen zu organisatorischen Reformen in der Verwaltung des Jugendamtes müssen diese Anforderungen berücksichtigen. Sie sind für eine fachgerechte Wahrnehmung der Jugendhilfeaufgaben notwendig und unverzichtbar.

1. Zweigliedrigkeit des Jugendamtes

Die Zweigliedrigkeit des Jugendamtes bildet die Grundlage für die partnerschaftliche Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern in der Jugendhilfe. Die gesetzlich verankerten Rechte des Jugendhilfeausschusses zur Gestaltung der Jugendhilfe bedürfen einer Entsprechung in der Verwaltung, d.h. einer klar erkennbaren Organisationseinheit und eines deutlich identifizierbaren verantwortlichen Ansprechpartners in Gestalt der Verwaltung des Jugendamtes. § 70 Abs. 1 SGB VIII gibt u.a. deshalb zwingend vor, daß das „Jugendamt“ aus Verwaltung und Jugendhilfeausschuß besteht.

Die Zweigliedrigkeit war schon im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz bzw. im Jugendwohlfahrtsgesetz vorgegeben. Weil sich diese Rechtsnorm offensichtlich bewährte, hat der Gesetzgeber sie in den Grundaussagen auch in das SGB VIII übernommen.

2. Organisatorische Eigenständigkeit des Jugendamtes

Die organisatorische Eigenständigkeit des Jugendamtes ist substantiell sicherzustellen. § 69 Abs. 3 SGB VIII verpflichtet die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, ein Jugendamt einzurichten. Wesentliche qualitätssichernde Vorschriften des SGB VIII sind an die Organisation „Jugendamt“ gebunden. Das Jugendamt muß als Amt für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern erkennbar und ansprechbar sein.

3. Zusammenfassung aller Aufgaben der Jugendhilfe im Jugendamt

In der Organisationseinheit „Jugendamt“ sind sämtliche Aufgaben der Jugendhilfe zusammenzufassen. Dem Jugendamt muß Raum gegeben werden für die fach- und adressatengerechte Erbringung der Leistungen und Dienste. Erforderliche spezielle Angebote unterschiedlicher Dienste im Jugendamt müssen, planvoll aufeinander abgestimmt werden können.

Die Jugendhilfeaufgaben müssen von anderen Aufgaben der kommunalen Verwaltung deutlich abgegrenzt sein. Sie sind als eigenständige Aufgaben in ihrem Zusammenhang zu erhalten, damit die Wahrnehmung der Jugendhilfeaufgaben nicht durch konkurrierende Ziele und Aufgaben beeinträchtigt wird.

4. Gesamtverantwortung für die Leitung des Jugendamtes

Die Fachaufsicht über die Durchführung der Jugendhilfeaufgaben ist durch das Gesetz zwingend an die Jugendamtsleitung gebunden. Die Entscheidungs- und Verantwortungsebene „Jugendamtsleitung“ ist organisatorisch deutlich auszuweisen. Die Jugendhilfeaufgaben müssen das Übergewicht behalten, auch wenn der Jugendamtsleitung zusätzlich andere Aufgaben zugeordnet werden.

5. Budgetverantwortung

Das Budget für die Jugendhilfe muß spezifisch als solches von der Vertretungskörperschaft ausgewiesen werden, damit der Jugendhilfeausschuß seinem Gestaltungsauftrag nachkommen kann. Die eigenständige Budgetverantwortung setzt eine sachlich fundierte Budgetentwicklung voraus.

6. Sach- und fachgerechte organisatorische Strukturen

Die Aufbau- und Ablauforganisation des Jugendamtes muß sich an den Aufgabeninhalten ausrichten und den spezifischen Zielsetzungen entsprechen. Auch hinsichtlich der Personalstruktur muß den besonderen fachlichen Anforderungen, in diesem Fall an die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Rechnung getragen werden. Das ist für das Jugendamt gesetzlich vorgeschrieben.

7. Wahrung des Sozialgeheimnisses

Junge Menschen und ihre Eltern erwarten, daß ihre persönlichen Angelegenheiten vertraulich behandelt werden. Dieser Erwartung muß die Jugendhilfe entsprechen, damit ihre Angebote von den Adressaten angenommen werden. Deshalb ist auch organisatorisch sicherzustellen, daß der spezielle Vertrauensschutz und die Verpflichtung zum Schutz der personenbezogenen Daten von den Fachkräften gewährleistet werden können.